



Bettina Hagedorn

Eure Bundestagsabgeordnete für Nordstormarn und Ostholstein

www.bettina-hagedorn.de

Kasseedorf, im September 2018

**Rechenschaftsbericht als Bundestagsabgeordnete für den Betreuungswahlkreis
Segeberg über die Jahre 2016 bis 2018
an den Kreisparteitag der SPD Segeberg am 29. September 2018**

Liebe Genossinnen und Genossen,
bewegende Zeiten liegen hinter uns: Die Bundestagswahl im September 2017 hat ihre Spuren hinterlassen – an unserer Partei, unseren Mitgliedern und an allen, die verantwortungsvoll Mandate für die SPD wahrnehmen – gleichermaßen von Kommune bis zur Bundesebene.

Geeint in den Zielen und Idealen der Sozialdemokratie kämpfen wir mit viel Herzblut und Zeitaufwand bei Wahlen für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Und dennoch: Verluste im hohen einstelligen Bereich. Der Ruf nach Erneuerung hallt durch alle Ebenen unserer Partei. Ist unsere „alte Dame“ SPD nicht mehr zeitgemäß? Die Köpfe veraltet und die Inhalte überholt? Ich glaube das nicht. Natürlich lief vieles nicht rund bei der Bundestagswahl 2017. Doch ich finde, dass wir insbesondere im Diskussionsprozess in Folge der Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU

bewiesen haben, dass wir eine Partei des Dialogs sind, uns selbstkritisch reflektieren können und unsere Mitglieder an wichtigen Entscheidungen teilhaben lassen. Damit besitzen wir ein unbestreitbares Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Parteien. Wir müssen nun zeigen, dass wir diesen Weg konsequent weitergehen und das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen können.

Ich kann verstehen, dass viele gerade aus diesem Grund der Regierungsbeteiligung der SPD im Bund kritisch gegenüber stehen. Daher möchte ich meinen Rechenschaftsbericht auch dafür nutzen, Euch einen Einblick in die Ereignisse hier in Berlin zu geben.

Nun wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen!

*Eure
Bettina*

1. Sechs Monate Große Koalition: Was wir bisher erreicht haben!

Seit sechs Monaten regiert die Große Koalition in Berlin – und inzwischen habe ich mich in meinem neuen „Job“ als **Staatssekretärin von Olaf Scholz** im Finanzministerium gut eingearbeitet. Meine Zuständigkeiten für den Bundeshaushalt und für Europa liegen mir am Herzen – es gibt derzeit kaum eine spannendere Aufgabe als diese. Nach der langen Phase der Regierungsbildung arbeiten wir seit Mitte März mit Hochdruck an der Umsetzung unseres Koalitionsvertrages und der guten Projekte, die wir Sozialdemokraten darin verankert haben. Dabei spielt natürlich die solide Finanzierung im Bundeshaushalt die zentrale Rolle. Ausnahmslos ALLE Festlegungen aus dem Koalitionsvertrag sind jetzt im **Bundeshaushalt 2018** abgebildet, den wir am 05. Juli 2018 im Bundestag beschlossen und im Finanzplan abgesichert haben. Und schon vom 12. bis zum 14. September 2018 fand **die 1. Lesung des Haushaltes für 2019**, statt – bis November laufen hier in Berlin dann die für mich spannenden Verhandlungen und Beratungen dazu.

Langweilig wird der Herbst ohnehin nicht – denn die **erforderlichen Grundgesetzänderungen** (Aufhebung des Kooperationsverbotes) als Grundlage dafür, dass **der Bund zweistellige Milliardenbeiträge in unsere Schulen und u.a. auch in deren Digitalisierung investieren darf**,

müssen dann in Bundestag und Bundesrat verhandelt und beschlossen werden. Die 1. Lesung im Bundestag hat erst am gestrigen Freitag, den 28. September, stattgefunden. Diese Grundgesetzänderung ist außerdem erforderlich, damit der Bund die verabredeten zusätzlichen **Milliarden für den sozialen Wohnungsbau den Ländern zur Verfügung stellen** „darf“. Am 02. Mai 2018 wurden die jeweiligen Grundgesetzänderungen auf Vorschlag von Olaf Scholz bereits als Voraussetzung für die zentrale Investitionsoffensive in den wichtigsten Zukunftsbereichen im Kabinett beschlossen. Unter anderem werden wir damit 2,4 Mrd. Euro als 1. Schritt für den gemeinsamen „Digitalpakt Schule“ von Bund und Ländern und weitere 2 Mrd. Euro für den Kita-Ausbau investieren. Für den sozialen Wohnungsbau sind für 2019 1,5 Mrd. Euro und für die Jahre 2020 und 2021 zweckgebundene Finanzhilfen an die Länder und Kommunen von insgesamt 2 Mrd. Euro vorgesehen.

Am 27. Juni 2018 hat das Bundeskabinett den Entwurf des **Familienentlastungsgesetzes** als Teil eines Gesamtpakets beschlossen, mit dem die Bundesregierung die finanzielle Besserstellung von Familien erreichen will. Ein besonderes Augenmerk legt die Neuregelung auf die Stärkung des verfügbaren Einkommens für Familien mit geringem und mittlerem Einkommen. Das Kindergeld wird – wie im Koalitionsvertrag festgelegt – in einem ersten Schritt ab 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Kind und Monat

erhöht und ab Januar 2021 um weitere 15 Euro. Der steuerliche Kinderfreibetrag sowie der Einkommensteuertarif werden entsprechend angepasst. 2019 und 2020 wird dann der Grundfreibetrag angehoben (2019 um 168 Euro, 2020 um 240 Euro). Damit Lohnsteigerungen auch im Geldbeutel der Beschäftigten ankommen, wird für die Jahre 2019 und 2020 der Effekt der „kalten Progression“ ausgeglichen, d.h. die Eckwerte des Einkommensteuertarifs werden um die Inflationsrate des Vorjahres verschoben. **Unterm Strich bedeutet dies finanzielle Erleichterungen für Familien von rund zehn Milliarden Euro jährlich!**

Weiterhin hat das Finanzministerium unter der **Federführung von Olaf Scholz Maßnahmen zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges beim Handel mit Waren im Internet vorgelegt**. Bereits ab Januar 2019 sollen demnach alle Betreiber elektronischer Marktplätze (wie z. B. eBay oder Amazon) dazu verpflichtet werden, bestimmte Daten der Verkäufer zu erfassen, um eine Prüfung der Steuerbehörden zu ermöglichen. Darüber hinaus können Betreiber für nicht entrichtete Umsatzsteuer aus dem Handel über ihre Plattform in Haftung genommen werden. Damit stärken wir die Steuergerechtigkeit in Deutschland, sichern staatliche Einnahmen und schützen einheimische Unternehmen und den Mittelstand vor Wettbewerbsverzerrungen!

Mit der **Eine-für-Alle-Klage (Musterfeststellungsklage) von Bundesjustizministerin Katarina Barley** können Verbraucher künftig kostengünstig und unbürokratisch zu ihrem Recht kommen. Sie brauchen nicht selbst zu klagen, sondern können dies einem Verband überlassen, der dann für sie vor Gericht zieht. Mit der Musterfeststellungsklage werden Verbraucherrechte effektiv gestärkt!

Das Programm **„Teilhabe am Arbeitsmarkt“ von Arbeitsminister Hubertus Heil** wurde am 18. Juli 2018 vom Kabinett beschlossen – es zielt auf Menschen ab, die in den vergangenen sieben Jahren mindestens sechs Jahre lang Hartz-IV-Leistungen erhalten haben. Damit sie eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, soll es in den ersten beiden Jahren einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt von 100 Prozent in Höhe des Mindestlohns geben; in jedem weiteren Jahr wird dieser Zuschuss um 10 Prozentpunkte verringert bei einer maximalen Förderdauer von fünf Jahren. 4 Milliarden Euro stellen wir insgesamt für das Programm zur Verfügung.

Erst am 05. September 2018 hat das Bundeskabinett den **Gesetzentwurf zur Stärkung des Mietrechts von Katarina Barley** verabschiedet, das die Mietpreisbremse wirksamer machen soll, indem die Vermieter unter anderem nur noch acht statt zurzeit elf Prozent der Modernisierungskosten auf Mieter umlegen

dürften. Das ist ein guter erster Schritt zur Entlastung der Mieter. Noch weitergehenden Maßnahmen wurden von der Union aus völlig unverständlichen Gründen blockiert.

Nach anfänglichen „Störfeuer“ beim **Gute-Kita-Gesetz von Franziska Giffey**, bin ich nun überglücklich, dass das Bundeskabinett am 19. September 2018 den Entwurf für das Gute-Kita-Gesetz beschlossen hat! Noch nie hat eine Bundesregierung so viel Geld in die Betreuung der Kleinsten investiert: Bis 2022 stellt der Bund insgesamt 5,5 Milliarden Euro bereit. Bundesweit einheitliche Qualitätsstandards sind ausdrücklich nicht vorgesehen, damit die Länder das Geld dort investieren können, wo es am meisten hilft – von der Gebührenbefreiung über den Betreuungsschlüssel bis zur Sprachförderung.

Auch beim Thema Rente gibt es gute Nachrichten, denn der Koalitionsausschuss von SPD und Union hat sich am 29. August 2018 auf einen Neustart für die Rente geeinigt und bereits Leistungsverbesserungen im Kabinett beschlossen, die für eine **stabile und gerechte Rente** sorgen werden. Die Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent – zunächst bis 2025 – ist nun sichergestellt, so dass ältere Menschen nach einem langen Arbeitsleben eine gerechte Rente bekommen. Denn damit steigen die Renten in Zukunft wieder wie die Löhne. Die Jüngeren profitieren von der Garantie, dass

der Rentenbeitrag nicht über 20 Prozent anwächst. Auch die **Mütterrente haben wir fairer gestaltet**, da künftig allen Eltern für vor 1992 geborene Kinder ein weiteres halbes Jahr Kindererziehung angerechnet werden wird. Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente gehen müssen, profitieren künftig von weiteren Verbesserungen in der **Erwerbsminderungsrente**. Wer aus gesundheitlichen Gründen früher aus dem Berufsleben ausscheiden muss, braucht den Schutz der Solidargemeinschaft. Dazu wird die Zurechnungszeit, nach der die Renten so berechnet werden, als ob die künftigen Betroffenen nach Eintritt der Erwerbsminderung wie bisher weitergearbeitet hätten, noch einmal erheblich verlängert. Hiervon werden ab 2019 jedes Jahr etwa 170.000 Menschen profitieren.

2. Neue Aufgaben: Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen unter Olaf Scholz

In meiner 5. Wahlperiode bin ich seit dem 14. März 2018 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium und dort für die Themenbereiche Haushalt und Europa zuständig. Auch in meiner neuen Funktion nehme ich an jeder Sitzung des Haushaltsausschusses von der ersten bis zur letzten Minute – wie schon seit fast 17 Jahren – teil.

Angesichts meiner neuen Zuständigkeit als Staatssekretärin für den Themenbereich Europa freut es mich sehr, dass das erste Kapitel des Koalitionsvertrages der aktuellen Großen Koalition das Europa-Kapitel ist (S. 6 bis 11). Damit unterscheidet sich die Kernbotschaft elementar vom Jamaika-Papier und darauf können wir Sozialdemokraten wirklich stolz sein. Es bleibt der Verdienst von Martin Schulz, der dieses Kapitel persönlich verhandelt hat und der in seiner Rede auf dem Sonderparteitag am 21. Januar 2018 unterstrich: „Es ist ein Ja zu Europa, ein Bekenntnis zur politischen Tat und zur europäischen Solidarität. Es ist ein Ja zu mehr Investitionen, zu starken Arbeitnehmerrechten, zu europäischen Mindestlöhnen. Das erwarten Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von uns, und auch die deutschen Gewerkschaften erwarten den Sozialpakt für Europa, und zwar zu Recht. Es ist ein Ja zum Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, es ist ein Ja zur **Stärkung einer Wirtschafts- und Währungsunion** mit einem Investitionshaushalt für die Eurozone, es ist ein Ja zu einem Europäischen Währungsfonds, der Solidarität praktiziert und nicht Abschottung predigt.“

Außerdem ist dieses „Ja zu Europa“ auch ein Ja zu **mehr Mitteln im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit** und ein Ja zu einer **gerechten Besteuerung von Unternehmen wie Google und Apple,**

Facebook und Amazon. Pro-Europäer wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron haben in der Zeit der langen Regierungsbildung auf ein Deutschland gewartet, das sich zu seiner Verantwortung für Europa bekennt und gemeinsam mit den pro-europäischen Regierungen Demokratie, Freiheit und Menschenrechte stärkt – das ist nur mit der SPD in Regierungsverantwortung möglich.

Daher haben wir im bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben (S.8f.): „Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die EU in ihrer Handlungsfähigkeit stärken, insbesondere auch das Europäische Parlament. Wir wollen die EU finanziell stärken, damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann. Dafür werden wir bei der Erstellung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen. Dabei befürworten wir auch spezifische Haushaltsmittel für wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Konvergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone, die Ausgangspunkt für einen künftigen Investivhaushalt für die Eurozone sein können. Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit. Wir wollen einen Haushalt, der klar auf die Aufgaben der Zukunft mit europäischem Mehrwert ausgerichtet ist.“

Zeitgleich zu unserer Bundestagswahl im September 2017 unterstrich der französische Staatspräsident Macron in seiner Rede an der Sorbonne die neue Ausrichtung eines gemeinsamen Europas.

Er betonte dabei auch die Rolle Europas als Wirtschafts- und Währungsmacht: Dabei solle die Eurozone **das Zentrum der wirtschaftlichen Kraft Europas in der Welt** werden. Durch die Vervollständigung nationaler Reformen muss es sich mit Instrumenten ausstatten, die es zu einem Ort des Wachstums und der Stabilität machen, insbesondere mit einem Haushalt, der die Finanzierung von gemeinsamen Investitionen ermöglicht und Stabilität angesichts wirtschaftlicher Schocks gewährleistet.

Umso mehr freute es mich, dass unser Verhandlungsteam der SPD in den Koalitionsverhandlungen dieses Zeichen aus Frankreich aufgriff und klare Bekenntnisse zur Neuordnung Europas zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion gegenüber der Union verhandeln und im Koalitionsvertrag festschreiben konnte: „Wir wollen in diesem Sinne und insbesondere auch in enger Partnerschaft mit Frankreich die Eurozone nachhaltig stärken und reformieren, sodass der Euro globalen Krisen besser standhalten kann. Dabei bleibt der Stabilitäts- und Wachstumspakt auch in Zukunft unser Kompass. Stabilität und Wachstum bedingen einander und bilden eine Einheit. Zugleich muss auch künftig das Prinzip gelten, dass Risiko und Haftungsverantwortung verbunden sind. Wir wollen **fiskalische Kontrolle, wirtschaftliche Koordinierung in der EU** und der Eurozone sowie den **Kampf gegen**

**Steuerbetrug und aggressive Steuer-
vermeidung** vorantreiben. Die dazu aus den Mitgliedstaaten und von der EU-Kommission vorgelegten Vorschläge werden wir prüfen.

Den **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** (umgangssprachlich auch „Europäischer Rettungsschirm“) wollen wir **zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln**, der im Unionsrecht verankert sein sollte. Die Rechte der nationalen Parlamente bleiben davon unberührt. Insgesamt lassen wir uns davon leiten, dass die EU für Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ebenso wie für ihre Bürgerinnen und Bürger stehen muss. Das Prinzip der wechselseitigen Solidarität muss auch für den EU-Haushalt gelten.“ (S.9)

Im Zuge dessen entsandte auch die Europäische Kommission klare Signale zur Weiterentwicklung der Europäischen Union. Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, stellte in seinem so genannten „Nikolauspaket“ am 06.12.2017 Vorschläge zu einem gemeinsamen „EU-Haushalt“ im Sinne eines Eurozonen-Budgets vor. Ebenso brachte er die Idee eines europäischen Finanzministers und eines permanenten Euro-Rettungsschirmes als Währungsfonds ins Spiel. Dann war es an der Zeit, dass die neugebildete Bundesregierung ihren selbst auferlegten Aufgaben Taten folgen lässt und Deutschland in den

europäischen Verhandlungen würdig vertritt.

Mit der für die SPD positiv verlaufenen Ressortverteilung im Zuge der Koalitionsverhandlungen ging das Bundesfinanzministerium – sowohl für nationale als auch europäische Finanzbelange zuständig – nach jahrelanger „schwarzer“ Führung an unsere Fraktion. Damit liegt es direkt in unserer eigenen Hand, unsere Vorstellung von Europa zu verhandeln und uns für unsere Standpunkte eines solidarischen Staatenbundes einzusetzen. Mit Olaf Scholz als Bundesfinanzminister haben wir einen „sturmerproben“ Verhandlungsführer, den ich mit meiner Tätigkeit als Parlamentarische Staatssekretärin für Haushalt und Europa im Bundesfinanzministerium mit vollem Einsatz bei dieser Aufgabe unterstütze.

Mit der Erklärung von Meseberg vom 19. Juni 2018 konnte Olaf Scholz den ersten Meilenstein auf dem langen Weg zur Verbesserung der europäischen Finanzpolitik setzen. Gemeinsam mit Frankreich wurde das gemeinsame Vorgehen in den anstehenden Verhandlungen mit den anderen Mitgliedstaaten beschlossen: Besondere Bedeutung hatten hierbei die Eckpunkte der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, von denen wir uns dauerhaft Stabilität und Solidarität in der Eurozone versprechen. Sie orientieren sich an den Linien, die uns bereits bei der Bewältigung der Finanz- und Schuldenkrise geleitet haben, sowie an den Verein-

barungen des Koalitionsvertrages. Somit war dies eine sehr gute Grundlage für die Sitzung der Eurogruppe/ECOFIN (Der Rat „Wirtschaft und Finanzen“, der sich aus den EU-Finanzministern zusammensetzt.) am 21. und 22. Juni 2018, die bereits zuvor fünf Mal Thema im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags war. In wochenlangen Abstimmungen mussten Olaf Scholz und der verbeamtete Staatssekretär Jörg Kukies den Parlamentariern Rede und Antwort stehen. Das zeigt die immense Wichtigkeit des Themas auch aus dem Blickfeld der Mitglieder des Deutschen Bundestages.

Olaf Scholz ist ein hervorragender Verhandler und bringt unsere Ziele im Koalitionsvertrag in Europa weiter voran. Er verhandelt auf Augenhöhe und geht auf die europäischen Mitgliedsstaaten zu. Das bringt neuen Schwung und Fortschritt nach Europa – und genau das erwarten die Menschen von uns Sozialdemokraten und der Bundesregierung.

Zusammen agieren Deutschland und Frankreich als neuer „Motor“ in Europa. Aber dabei ist ganz klar: Eine europäische Einigung ist kein Selbstläufer. Die deutsch-französische Position muss den anderen Staaten vorgelegt und Überzeugungsarbeit geleistet werden. Denn: Natürlich hat jeder Mitgliedsstaat seine eigenen Interessen und eigenen Vorstellungen. Das wird kein einfacher Weg, aber wir werden nicht müde, ihn zu gehen.

3. Versprechen werden gehalten: Verbindliche Finanzierung unserer Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag im Bundeshaushalt 2018!

Schon im ersten Haushalt der neuen Legislaturperiode werden viele Vorhaben des Koalitionsvertrages umgesetzt und zwar mit klarer sozialdemokratischer Handschrift!

Wir haben einen Haushalt 2018 aufgestellt, der solide finanziert, sozial gerecht und zukunftsorientiert ist! Olaf Scholz, das BMF und seine Staatssekretäre, also auch ich, haben bewiesen, dass die Haushalts- und Finanzpolitik in den nächsten Jahren in guten Händen liegt. Der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz erklärte in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts am 15. Mai 2017, wie es funktioniert: Keine neuen Schulden machen, aber dennoch mehr investieren und die Bürgerinnen und Bürger entlasten. Diese Trias beschrieb Scholz mit den Adjektiven „solide, sozial gerecht und zukunftsorientiert“.

Im Vergleich zum vorherigen Finanzminister ist in der neuen Koalition die Bereitstellung von Geldern für Investitionen nochmals deutlich gestiegen. **Von 2018 bis 2022 wollen wir ganze 180 Milliarden Euro investieren. Das sind ganze 23 Prozent mehr als in der letzten Wahlperiode!**

Konkret bedeutet das neben den in Kapitel 1 genannten Gesetzesentwürfen unser SPD-Minister und Ministerinnen:

Um die **Zukunftsfähigkeit der Deutschen Bahn** zu gewährleisten, hat der Haushaltsschuss 185 Millionen Euro zusätzlicher Förderung allein für 2018 beschlossen. Denn bereits im Koalitionsvertrag (S.79) ist fest vereinbart, dass die Trassenpreise im Schienen-güterverkehr durch einen Zuschuss des Bundes gesenkt werden. Durch diese Maßnahme soll der Gütertransport durch die Bahn künftig preiswerter angeboten und wettbewerbsfähig sein. Unser Ziel ist es, durch die Stärkung umweltfreundlicher logistischer Alternativen die ständig zunehmenden, endlosen LKW-Kolonnen auf den Autobahnen zu reduzieren.

Auch für die **Förderung der Eigentumsbildung für Familien** kommt das **Baukindergeld** mit den Parametern, die im Koalitionsvertrag (S. 110) und im Beschluss der geschäftsführenden Fraktionsvorstände genannt sind: Es gilt eine Einkommensgrenze (90.000 Euro für Familien mit einem Kind), eine flächenmäßige Begrenzung erfolgt nicht, die Antragstellung soll bis Ende des Jahres 2020 möglich sein.

Ebenfalls im **Bereich „Innere Sicherheit“** haben wir in dieser Legislatur viel vor, und im Haushalt 2018 fangen wir direkt damit an: Wir schaffen zusätzlich 3.075 neue Stellen bei der Bundespolizei und 525 Stellen beim Bundeskriminalamt.

Außerdem stärken wir die Zollverwaltung mit rund 1.400 zusätzlichen Stellen und der Aufforderung an die Bundesregierung, in den nächsten drei Jahren weitere 6.000 Stellen zu schaffen, inklusive der entsprechenden Bedingungen für die Aufnahme der neuen Mitarbeiter. Nur so können wir effektiv Schmuggel und Schwarzarbeit bekämpfen.

Zudem bringt der Koalitionsvertrag auch die **außerordentliche Wertschätzung des Bundes gegenüber des Technischen Hilfswerkes** zum Ausdruck: „Wir wollen die Arbeit der 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW durch einen weiteren Ausbau des hauptamtlichen Personals unterstützen.“ (S. 130) Auch hier lassen wir zügig Taten folgen und statten das THW mit 120 neue Stellen aus. Damit werden 74 Menschen, die bereits beim THW arbeiten, entfristet und so mit ihrem „Know-how“ dauerhaft und langfristig für das THW tätig bleiben.

Damit das Technische Hilfswerk auch weiterhin gut gerüstet in die Zukunft blicken kann, bekommt die Organisation zusätzlich 3 Millionen Euro on top! Damit wird auch die Nachwuchsförderung gestärkt: Die THW-Jugend erhält aus diesem Förder-Plus allein 900.000 Euro. 250.000 Euro gehen erneut an die Bundesvereinigung der Helfer und Förderer des THW. Da Berlin beide Organisationen bereits in der Einzelplanberatung am 06. Juni 2018 200.000 Euro zusätzlich zur Unterstützung ihrer wertvollen Arbeit vom

Haushaltsausschuss bewilligt bekommen hatten, sind es jetzt insgesamt 1,35 Mio. Euro für die Ehrenamtliche beim THW beschlossen – und insgesamt tatsächlich ein dickes Plus von 3,2 Millionen Euro!

Das THW leistet seit Jahren großartige Arbeit und unterstützt die Sicherheitskräfte und den Katastrophenschutz bei verschiedenen Aufgaben. Davon überzeuge ich mich regelmäßig persönlich bei meinen Besuchen und in Gesprächen – wie zuletzt bei meinem Besuch beim THW Eutin Anfang Mai 2018.

Mit ihrer Haushaltspolitik und dem SPD-geführten Finanzministerium beweist die Koalition Verlässlichkeit: keine neue Schulden, dafür aber mehr Investitionen.

4. Seit 16 Jahren: Glaubwürdigkeit durch Information und Transparenz

Seit 2003 bin ich „**gläserne Abgeordnete**“ im Deutschen Bundestag – das heißt: Ich veröffentliche alljährlich meine Einkünfte und Ausgaben analog zu meinem Steuerbescheid. Ich bin außerdem **eine von mittlerweile 43 Bundestagsabgeordneten** – davon hauptsächlich von SPD, LINKEN sowie GRÜNEN und KEINER der CDU/CSU – **die seit 2013 den „Abgeordneten-Kodex“ unterzeichnet haben**, in dem sich Abgeordnete verbindlich verpflichten, entgeltliche Nebentätigkeiten zu begrenzen, Einnahmen, Treffen mit Lobbyisten sowie Dienstreisen mit Berichten zu deren Inhalt

und Zielen zu veröffentlichen und Geschenke oder Event-Einladungen von Unternehmen oder Interessenvertretern über 100 Euro nicht anzunehmen. Aus Schleswig-Holstein haben außer mir vier weitere Sozialdemokraten (Gabi Hiller-Ohm, Sönke Rix, Dr. Nina Scheer und Mathias Stein) diesen „Abgeordneten-Kodex“ unterzeichnet. Damit sind wir fünf SPD-Abgeordneten die einzigen der insgesamt 26 Mitglieder aller Fraktionen des Deutschen Bundestages aus Schleswig-Holstein, die nach diesem Kodex handeln.

Ein besonders schönes „Zeugnis“ wurde mir Anfang Juli 2018 von der **überparteilichen und unabhängigen Internetseite „abgeordnetenwatch.de“** ausgestellt, die das Antwortverhalten von Bundestagsabgeordneten ausgewertet hat. Zum vierten Mal in Folge bekam ich von dem Portal, bei dem alle Bürger öffentlich Fragen an ihre Abgeordnete stellen können, die **Note „sehr gut“** verliehen und konnte dieses Jahr den Spitzenplatz im Vergleich mit allen anderen Abgeordneten aus Schleswig-Holstein belegen. Erfreulich ist auch, dass fünf von sechs SPD-Bundestagsabgeordneten auf den TOP-12-Plätzen mit „sehr gut“ bewertet wurden, weil sie ausnahmslos alle Fragen beantwortet haben. Bemerkenswert: Die ersten sechs Abgeordneten auf der „Hitliste“ sind allesamt Frauen. Auf der Liste befinden sich 27 Abgeordnete aus Schleswig-

Holstein: 6 von der SPD, 10 von der CDU, 4 von der FDP, jeweils 3 von den Grünen und den Linken sowie 2 AfDler. Die beiden AfD-Abgeordneten Bruno Hollnagel und Axel Gehrke haben übrigens nicht eine einzige Bürgeranfrage beantwortet – da wird deutlich, wie ernst diese Partei tatsächlich die Interessen der Bürgerinnen und Bürger nimmt. Auch drei FDP-Abgeordnete beantworteten keine einzige der an sie gestellten Fragen und auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP) hat nicht einmal die Hälfte der an ihn gerichteten Fragen beantwortet und erhält damit wie seine Fraktionskollegen nur die Note „mangelhaft“.

Transparenz ist für meine Arbeit aber vor allem ein wichtiges Schlagwort, wenn es um die Öffentlichkeitsarbeit geht: Von Juli 2016 bis zum 28. September 2018 habe ich 148 **Pressemitteilungen** herausgegeben, die in den Medien zwar nicht alle abgedruckt, aber auf meiner Homepage ausnahmslos nachzulesen sind.

Ein besonders spannendes Besuchsprogramm konnte ich den rund 550 Bürgerinnen und Bürgern bieten, die ich in den letzten zweieinhalb Jahren zu einer **dreitägigen politischen Informationsfahrt** nach Berlin einladen durfte. Jedes Jahr besuchen mich vier solcher Gruppen mit je 50 Personen und besichtigen in einem straffen Programm neben dem Deutschen Bundestag auch

diverse Bundesministerien oder das Willy-Brandt-Haus. Für diese spannenden und informativen Fahrten gibt es zwar eine inzwischen lange Warteliste, aber ich lade vorzugsweise verdiente Ehrenamtliche aus Vereinen, Verbänden und der Kommunalpolitik sowie engagierte Jugendliche mit ihren Betreuern ein – auch in diesem Jahr hatte ich bereits zwei Gruppen zu Besuch.

Doch nicht nur Besuchergruppen haben die Gelegenheit, den Bundestag „live“ zu erleben. Es gibt immer wieder Veranstaltungen und Projekte, die mir die Gelegenheit geben, **Menschen aus meinem Wahlkreis Türen in Berlin zu öffnen**, sich aus erster Hand über die Bundespolitik zu informieren und ihr „Netzwerk“ für die ehrenamtliche Arbeit zu erweitern.

Um jungen Menschen auch einen direkten Einblick in meine eigene Arbeit in Berlin zu ermöglichen, gebe ich regelmäßig **Praktikantinnen und Praktikanten** aus meinem Wahlkreis diese Chance – allein **seit 2014 konnten mich 31! junge Menschen** für eine oder mehrere Wochen während der Sitzungswochen des Bundestags begleiten und ganz persönlich erfahren, wie Bundespolitik „funktioniert“.

Seit 2002 versuche ich gezielt, ein **Netzwerk zwischen Frauen in Wirtschaft und Politik** aufzubauen und weibliche Führungskräfte aus Unternehmen, aus gesellschaftlichen Institutionen, Verbänden und Vereinen sowie von Betriebsräten und

Gewerkschaften zum intensiven Gedankenaustausch mit Politikerinnen zusammenzubringen. Deshalb habe ich bereits im Jahr **2003** gemeinsam mit meiner Haushaltsausschuss-Kollegin Petra Merkel den **Ladies‘ Day in Berlin** ins Leben gerufen, der nun seit 6 Jahren in Ostholstein stattfindet, zu dem ich Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte vor allem aus meinem Wahlkreis einlade. Am 21. Juni 2018 waren mal wieder fast 100 „Power-Frauen“ zu Gast im Bildungswerk Bugenhagen, um gemeinsam Networking zu betreiben und sich in zwei Talkrunden über Themen wie Frauen in Führungspositionen, Politik und Wirtschaft sowie über die Situation für Auszubildende auszutauschen und zu diskutieren.

Um auch den Kontakt und den Austausch zu Betriebs- und Personalräten zu stärken, organisiert die SPD-Bundestagsfraktion regelmäßige **Betriebsrätekonferenzen**, zu denen ich seit über 15 Jahren regelmäßig Betriebsräte aus meinem Wahlkreis einlade. Auch letztes Jahr im Mai 2017 waren vier Ostholsteiner Betriebsräte zum Thema Demokratie in Betrieb und Gesellschaft auf meine Einladung hin in der Hauptstadt. Die diesjährige Betriebsrätekonferenz fand am 24. September in Berlin statt und steht unter dem Titel „Arbeitszeit – Lebenszeit“.

5. Mein Team in Berlin und Eutin

All diese Aufgaben in Berlin im Abgeordnetenbüro, im Ministerium und im Wahlkreis könnte ich nicht ohne ein eingespieltes Arbeiterteam bewältigen.

Meine beiden langjährigen Mitarbeiterinnen im Bundestag Nadine Kadelka und Ann-Christin Wehmeyer konnten mir nach meiner Berufung als **Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen** folgen und haben ihre neue „Wirkungsstätte“ nun in meinem Ministeriumsbüro. Ich freue mich sehr, bei dieser großen Aufgabe zwei vertraute Gesichter an meiner Seite zu haben.

In **Berlin** kümmert sich der Fehmaraner Ansgar Lücke, der schon seit 2015 als Student bei mir im Büro arbeitete, um alle Fragen der Büro- und Terminorganisation sowie um die Besuchergruppen. Die wissenschaftliche Arbeit liegt in den Händen von Laura Adebahr, die seit November 2017 bei mir tätig ist und bereits vorher für einen Kollegen aus dem Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss arbeitete, und dem Stockelsdorfer Jan Jensen, der im Juli 2018 aus dem Studium in Liverpool nun direkt in mein Team gekommen ist. Zusätzlich unterstützt mich in Berlin als studentischer Mitarbeiter Till Weber aus Neumünster.

Im **Eutiner Wahlkreisbüro** kümmert sich Regina Voß seit 15 Jahren (seit 2012 auch ehrenamtliche Bürgermeisterin in Kasseedorf und 2018 mit absoluter SPD-

Mehrheit wiedergewählt!) und seit Mai 2016 Angela Hüttmann (langjährige SPD-OV-Vorsitzende und unter anderem Schulverbandsvorsteherin in Schönwalde) jeweils halbtags um alles, was in Schleswig-Holstein anliegt und sind Ansprechpartnerinnen für Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Institutionen. Seit September 2017 ist Anastasia Brack hinzugekommen, die mich zudem als wissenschaftliche Mitarbeiterin vor Ort unterstützt. Ganz „frisch“ verließ unser Wahlkreisbüro nach 10 Jahren im Juni 2018 meine langjährige Mitarbeiterin Kirstin Winter, die sich nun um die Unterstützung der Wahlkreisarbeit meiner Landtagskollegin Sandra Redmann aus Ostholstein kümmert – beiden wünsche ich vom Herzen alles Gute!

Ihnen allen gilt mein herzliches Dankeschön – ich freue mich auf die nächsten Jahre mit diesem Team!

Herzlichst, Eure





10.04.2017: Zu Besuch bei Spedition Bode in Reinfeld. Die Spedition nimmt am Pilotprojekt „E-Highway“ zwischen Lübeck und Reinfeld teil.



21.04.2017: In der Bewegungs-KiTa der AWO in Reinfeld.



31.05.2017: 6. Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin—zu Gast auch das Ehepaar Dreyer aus Reinfeld.



30.06.2017: Feier am Brandenburger Tor zur Einführung der „Ehe für alle“ mit meinem Haushaltskollegen Johannes Kahrs und dem ehemaligen Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit



06.07.2017: 5. Ladies' Day mit 142 „Powerfrauen“ der Region bei den Eutiner Festspielen



15.07.2017: Kreisparteitag in Lütjensee zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl am 24. September.



14.09.2017: Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl in der Immanuel-Kant-Schule in Reinfeld



15.09.2017: Endspurt im Wahlkampf—Verteilaktion auf dem Reinfelder Wochenmarkt



15.09.2017: Gut ausgerüstet mit meinen roten Beuteln in der heißen Phase des Wahlkampfs in Reinfeld



18.09.2017: Verteilung von 25 Kinderliederheften in der KiTa „Gänseblümchen“ in Rehhorst.



18.09.2017: Drei Stunden Gespräche in Reinfeld auf Einladung der Präsidentin der Landfrauen Schleswig-Holstein Ulrike Röhr auf ihrem Hof.



11.11.2017: Verabschiedung von Franz Thönnies auf dem Landesparteitag in Neumünster



07.01.2018: Neujahrsempfang der Stadt Reinfeld mit der neu verliehenen Fair-Trade-Town-Urkunde



27.01.2018: Auftakt in den Kommunalwahlkampf auf dem Kreisparteitag in Großhansdorf



07.03.2018: Zu Besuch im Reinfelder Rathaus zum traditionellen Bürgermeistergespräch.



07.03.2018: Gespräch mit den Unternehmerfrauen im Handwerk Stormarn in Reinfeld auf Initiative von Vorstandsmitglied Martina Afheldt.



14.03.2018: Vereidigung zur Parlamentarischen Staatssekretärin durch Bundesfinanzminister Olaf Scholz



14.—16.03.2018: 50 interessierte Bürger aus meinem Wahlkreis zu Besuch in Berlin—darunter auch einige Teilnehmer aus Reinfeld. Zufällig genau an den Tagen, als ich Parlamentarische Staatssekretärin wurde.



21.03.2018: Erste Sitzung des Haushaltsausschusses als Parlamentarische Staatssekretärin, hier mit dem neuen stellvertretenden Vorsitzenden Dennis Rohde



21.03.2018: Mein neuer Arbeitsplatz auf der Regierungsbank, direkt neben Bundeskanzlerin Angela Merkel. (Foto: studio kohlmeier berlin)



22.04.2018: Die Stormarn-Delegation auf dem SPD-Parteitag in Wiesbaden: zusammen mit Nina Scheer, Tobias von Pein, Martin Habersaat und Delara Burkhardt.



06.06.2018: Besuch einer Schulklasse der KGS Reinfeld mit Lehrerin Frau Beate Rabe



21.06.2018: Im Gespräch mit Delara Burkhardt, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, beim 6. „Ladies‘ Day“ im Berufsbildungswerk Bugenhagen in Scharbeutz



21.06.2018: Knapp 100 Frauen beim „6. Ladies' Day“ im Berufsbildungswerk Bugenhagen in Scharbeutz



02.08.2018: Überreichung der Sonderbriefmarke „Nelson Mandela“ an den Botschafter der Republik Südafrika mit Bundesaußenminister Heiko Maas (Foto: Kai Bienert)



02.08.2018: Zusammen mit dem südafrikanischen Botschafter und der südafrikanischen A-Cappella-Gruppe „Just 6“ nach ihrem Auftritt im Konzerthaus Berlin